

Deutsche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

Nr. 4. für Anhalt und Thüringen. Jahrgang 200. Zweite Ausgabe. Donnerstag, 8. Januar 1907. Gelächtsstelle in Halle a. S.: Leipzigerstraße 87, Hinterhaus. Telefon 158; Redaktion Telefon 1272. Eing. Gr. Brauhausstr. 5. Eigentümer: Dr. Eduard Gebhardt in Halle a. S. Verleger: Hermann F. G. G. Verlagsgesellschaft mbH. Halle a. S. Druck: Hermann F. G. G. Verlagsgesellschaft mbH. Halle a. S. Druck: Hermann F. G. G. Verlagsgesellschaft mbH. Halle a. S.

Deutsches Reich.

Der Reichstanzler und die Wahlen.

Der Reichstanzler Fürst v. Bülow hat an den Vorstand des Reiches Bundes gegen die Sozialdemokratie in Händen des Generalleutnant v. Liebert nachfolgendes Schreiben gerichtet:

Berlin, Silvester 1906.
In dem Schreiben des Reiches Bundes zur Befähigung der Sozialdemokratie vom 18. Dezember d. J. ist mir nahegelegt worden, vor der Reichstagswahl noch eine ausführliche Kundgebung zu erlassen. Ich komme dieser Anregung gerne nach und bitte, für die öffentliche Verbreitung dieser Antwort Sorge zu tragen.

Die parlamentarische Lage, die ich bei meinem Amtsantritt vorand, war nicht wesentlich verschieden von der im letzten Reichstage: Die bürgerliche Linke in drei oder vier Gruppen gespalten; die Rechte, einiger zwar, aber an Zahl ebenso schwach wie die Liberalen zusammen; in der Mitte die stärkste Partei, das Zentrum, schon damals nahezu insuland, entweder selbst Polen, Welfen usw. mit den Sozialdemokraten oder mit den Konfessionellen und dem rechten Flügel der Liberalen eine Mehrheit zu bilden. Eine andere Möglichkeit, als mit dem Zentrum die Geschäfte zu erledigen, gab es, namentlich seit den Wahlen von 1903, nicht.

Der Reichstanzler war auf die Mitarbeit dieser Partei angewiesen; er mußte versuchen, ihre Zustimmung zu den im Interesse des Landes notwendigen wirtschaftlichen und nationalen Vorlagen zu erlangen. Doch er dem Zentrum zu Liebe finanzielle Subventionen preisgegeben, über die sich die Liberalen und die Sozialdemokraten nicht einig waren, betriebe ich, ebenfalls darf nicht vergessen werden, daß die wichtigsten Aufgaben, die Verärterung der Seemehr, die Handelsverträge, die Finanzreform, nur mit Hilfe des Zentrums zu lösen waren und gelöst worden sind.

Ich habe diesen Zustand der Abhängigkeit der parlamentarischen Ergebnisse von dem guten Willen einer Partei in dem vielgefalligen deutschen Parteisystem immer als nicht unbedeutend empfunden. Ich bin daher heute in gleicher Weise davon überzeugt, daß das Zentrum sich bereit zeigte, mit den verbündeten Regierungen positive Arbeit zu leisten und der Verwirklichung, seine parlamentarische Stütze zu unterstützen, nicht nachgab.

Aber bereits im Frühjahr des abgelaufenen Jahres wurden drei bedeutende Vorhaben, die die deutsche Wirtschaft, die Entschärfung der Finanzlage, die Errichtung eines Kolonialreiches durch eine von Zentrum und Sozialdemokratie gestiftete Opposition, mehrheitlich verworfen. Damals konnte ich, von schwerer Krankheit noch nicht erholt, nicht eingreifen. Aber es reifte in mir der Entschluß, jedem neuen Versuch solcher Maßnahmen bei ersten und wichtigsten Anzeichen des Scheiterns mit aller Kraft entgegenzutreten. Aber der dann notwendigen Abklärung der Autorität der Regierung und ihrer Stellung über den Parteien sah ich mich aus ein gewisser Wandel in den doktrinarischen Anschauungen der Vertreter des liberalen Bürgertums und der steigende Widerwilligkeit gegen das sozialdemokratische Treiben die Hoffnung zu rechtfertigen, daß eine Veränderung der parlamentarischen Lage durch das deutsche Volk selbst herbeigeführt werden würde.

In Deutschland gibt es keine einheitliche liberale Partei, die den klaren Willen und die Fähigkeit besitzt, positive Politik zu machen. Es ist jetzt nicht der Augenblick, Fehler, die begangen, Gelegenheiten, die verkannt worden sind, nachzutradieren. Nebenfalls haben es innere Uneinigkeit, negativer Doktrinarismus, Ueberlegenheit der Prinzipien und Unterlegenheit des praktischen Erreichbaren nicht zum Scheitern erwirkten. Einmal in letzter Zeit hat sich darin manifestiert, daß die Partei an Eugen Richters Kampf gegen die Sozialdemokratie, an die fortgesetzte Ueberwindung der Wandervers-Doktrin, vor allem an das nachdringliche Verständnis für große nationale Fragen. Wanders wird noch zu lernen sein: Was halten, richtigem Umgang und Witz in die Nähe, Sinn für historische Kontinuität und reale Bedürfnisse.

Ich glaube nun festzuweisen, daß aus den Wahlen eine große geeignete liberale Partei hervorgehen und etwa den Platz des Zentrums einnehmen könnte. Wohl aber können die Parteien der Rechten, die nationalliberale Partei und die weiter links stehenden freilicheren Gruppen bei zielbewussten Vorgehen im Wahlkampf viel Boden gewinnen, um eine Mehrheit von Fall zu Fall zu bilden. Den klaren Gegensatz, der bisher zwischen den Parteien der Rechten und denen der bürgerlichen Linken in wirtschaftlichen Fragen bestanden hat, halte ich für kein unüberwindliches Hindernis. Der unbedingt notwendige Schutz der Landwirtschaft ist in den neuen Handelsverträgen auf ein Jahrzehnt hinaus geschoben, und Wandel freilichere Mann hat schon unter der Augen zugehört, daß sie auch für die wirtsch. Interessen nicht ungenügend getriebe haben. Nebenfalls müßten die Gewerke der Handelsverträge anerkennen, daß sich Handel und Industrie fortwährendem Aufschwung erfreuen.

Andererseits führt bereits eine gute Weile über das trennende Wasser. Die Konfessionellen Parteien und die Nationalliberalen sind in allen großen Fragen im Einklang mit dem Wohl und Wehe der Nation. Ihre Einheit, ihre Kraft, ihre Energie, die sie ihnen geben. Die Nation gibt ihnen über die Partei. Das ist ihr Leben und werden sie behaupten. Je mehr auf der Linken die Bereitschaft zur Verwirklichung der großen nationalen Bedürfnisse für den Kolonialbesitz, für Meer und Flotte zunimmt, um so freier und fester kann die Weile werden, und wohl würden sich auch die national-gesinnten Elemente, die im Zentrum vorhanden sind, mit allen ihren Bürgern, in solchen Fragen leichter zusammenfinden, wenn mit dem Wegfall der Möglichkeit einer konfessionellen Mehrheit der Fraktionsgeheimnis des Zentrums der Handhabe beraubt wäre, sich rücksichtslos gegen die Regierung geltend zu machen.

Die bedeutendste Folge davon, daß sich das Zentrum der sozialdemokratischen Politik zur Lösung eines opportunistischen Wades bedienen konnte, war die Behauptung, die durch die Sozialdemokratie selbst im vergangenen Reichstage erlangte. Das bietet sich ein weiteres hochbedeutendes Ziel gemeinsamer Sorgen

und Arbeit aller nationalen Elemente. Entgegen der leider in einigen liberalen Kreisen noch herrschenden Idee, daß die Reaktion im Reiche von rechts dränge und Seite an Seite mit der Sozialdemokratie zu bekämpfen sei, liegt nach meiner tiefsten Ueberzeugung die wahre Reaktion oder die wahre Gefahr der Reaktion bei der Sozialdemokratie. Nicht nur sind ihre kommunistischen Zukunftsströme kulturfeindlich, die Mittel zu ihrer Verwirklichung brutaler Zwang — alles, was sich irgendwo in Deutschland an reaktionärer Stimmung findet, gewinnt Kraft und Macht durch die sozialistische Untergrabung der Begriffe von Ehrlichkeit, Eigentum, Religion und Vaterland. Auf den wild-gewordenen Speisepöbel und präferierten Gleichmacher Habsperre folgte der Regen Bonapartes. Er mußte kommen, um das französische Volk von der Schredensherrschafft der Jakobiner und Kommuniken zu befreien.

Als nun das Zentrum sogar bei einer Angelegenheit, die die deutsche Waffengere und unser Ansehen vor der Welt betriebe, und unmittelbar nach der freilichigen Aussprache über unverständliche Entscheidungen in den inneren Kolonialbesitz eigenwillig den verbündeten Regierung eine unannehmbare Klausel aufzuzwingen suchte, und als es dann mit Hilfe der Sozialdemokratie einen gesagtem freilichigen Antrag niederstimmte, mußte von dem verfassungsmäßigen Mittel zur Wahrung der Autorität der Regierung Gebrauch gemacht und der Reichstag aufgelöst werden. Die Abstimmung vom 18. Dezember war ein Schlag gegen die verbündeten Regierungen und die nationale Würde. Ich arbeite mit jeder Partei, welche die großen nationalen Gesichtspunkte achtet. Wo diese Gesichtspunkte mißachtet werden, löst die Freundlichkeit auf. Niemand in Deutschland will ein persönliches Regiment. Die große Mehrheit des deutschen Volkes will aber erst recht kein Parteiregiment. Es ist deutsche Eigenart, deutsches Schicksal, daß wir unsere politische Stellung bis zur Stunde der Gefahr lieber nach Gefühlen und allgemeinen Begriffen, als nach realen Interessen und nationalen Zielen nehmen. Obgleich es für Kaiser und Bundesfürsten nicht Katholiken und Protestanten, sondern nur schlechtop Deutsche gibt, die den gleichmäßigen Schutz der Weise genießen, besteht doch die größte Partei im Reichstage ausschließlich aus Katholiken.

Für Wahrheit, Freiheit und Recht steht im Programm des Zentrums. Ich ist aber wahr, wenn es in dem Vorfrage der reinlichen Zentrumsteil teilh. im Hintergrunde lauert ein neuer Vorkampf? Im veränderten Zustande geht es der katholischen Kirche wohlher als in manchen katolischen Ländern, und sein Vertreter der verbündeten Regierungen denkt daran, die Parität aufzugeben, die Gewissensfreiheit zu verletzen und die katholische Religion zu bedrängen. In jener Behauptung dient die Religion nur als Mittel zum Schutze politischer Fraktions-Interessen. Obgleich es ferner keinen Staat gibt, der mehr für Gegenwart und Zukunft der Arbeiter, für ihre materiellen und geistigen Bedürfnisse getan hätte als das Deutsche Reich, obgleich die deutschen Arbeiter die best-gebilligten der Welt sind, halten doch Millionen bemut oder als Wirtschafter zu einer Partei, die den Staat und die Gesellschaft von Grund aus umwälzen will.

Ein solches Ende muß das deutsche Volk sich freimachen. Der liberale Ständer und Landmann ist daran nicht weniger beteiligt als der konservative. Mögen die Verhältnisse in den einzelnen Bundesstaaten noch so große Veränderungen aufweisen, die Parteien, die am 18. Dezember an der Seite der Regierung standen, werden von vornherein im Auge zu behalten stehen, was sie damals einigte: Der Kampf für Ehr und Gut der Nation gegen Sozialdemokraten, Polen, Welfen und Zentrum. Ich stelle die Sozialdemokraten voran, weil jede Niederlage der Sozialdemokratie eine Warnung für ihren Wirtschafter ist. Eine Stärkung des Vertrauens in den ruhigen Reichstagen unserer inneren Einigkeit und eine Befestigung unserer Stellung nach außen wäre, und weit dadurch zugleich die Möglichkeit erwärmt würde, daß eine bürgerliche Partei mit Hilfe der sozialdemokratischen eine dominierende Stellung gegen die anderen bürgerlichen Parteien einnimmt.

Der Reichstanzler.
Bülow.

* Die Zentrumspresse verfährt in der Wahlkagation nach dem Prinzip der Arbeitsteilung. In Berlin argumentiert man nach links, in Köln nach rechts, und umgekehrt. Das ist dabei zu schweren Widersprüchen kommt, geniert nicht weiter. So befindet die „Alln. Volkstg.“ ihren Kommentar, daß die Bahn nach Keetmanshoop nicht mehr im Reichstage behandelt werden ist: „Durch die nummerliche Vergrößerung des Bahnbaues ist die Reichstagsanlösung das Reich um Millionen, von denen sechs Millionen mindestens hätten erparat werden können, wenn die Auflösung um einen Tag verschoben worden wäre.“ Die Wahrheit dieses Satzes tritt ins Licht, wenn man sich erinnert, um wieviele Millionen das Zentrum das Reich geschädigt hat, indem es dieselbe Vorlage im Frühjahr ablehnte. Und zu dieser Sorge um die Schädigung des Reiches durch die Vergrößerung des Bahnes paßt es wie die Faust aufs Auge, wenn die „Germania“ sich mit Weidenhaft gegen den in der Presse aufgetauchten Gedanken wendet, daß die Firma Benz zur Vermeidung von Vergrößerungen mit Vorbereitungen zum Bahnbau schon jetzt begonnen hätte. Was ist nun erst? Seine Sorge oder diese Revidenzhaft?

* Herr „Germania“! Die ultramontane „Germania“ erklärt die erfreuliche und selbstherrliche Wohlparole des „Verbandes deutscher Katholiken im Osten“ der deutschen Kandidaten zu unterstützen für „eine außerordentlich bedauerliche und gefährliche Erscheinung, ja politischen Selbstmord“! Sie fordert überall die

Aufstellung von Zentrums-Kandidaten und meint, so sei sicher zu hoffen, wenigstens den einen oder anderen Wahlkreis den vereinigten Regierungen zu entreißen und ihn den Polen oder der Zentrumspartei zu fügen.“ Recht erfreuliche Nationalpolitiker! Mit Recht ruft die „Deutsche Zeitung“ in erlichem Grimm:

Und solchen Grenzschmuglern und Reichsweinpantofflern gegenüber soll die Regierungspartei dadurch „angeschoben“ worden sein, daß 100 Soldaten der Gendarmerie beauftragt werden, was kann schließlich auch an nationalen Vereinen den Leuten verlangen, deren Vaterlandsgelübde für die Kaiserbonner „Bonifatius-Vorläufer“ eingeleitet ist, die ausnahmsweise einmal mit lässlicher Offenheit in einer Abhandlung über den Patriotismus ihre diesbezügliche Ders anschütten. 1895 heißt es dort auf S. 179 ff. über diesen vom Zentrum so nachdrücklich in Anspruch genommenen Patriotismus:

„Was hat denn aber der müderte Katholik von diesem Ding zu halten? Ich denke, er geht nicht irre und trifft das Richtige, wenn er den modernen Patriotismus für eine der vielen Geisteskrankheiten hält, die heutzutage nach Art der Infuenza ganze Völker befallen, d. h. für eine nationale Macheit. ... Zum haben vier Katholiken doch nachts keine Lust, diesen Schwindel mitzumachen.“

Ferner Seite 190 ff.:
„Wir sind zuerst Griechen, zuerst Sizilianer, und erkennen im modernen Patriotismus ein Stück Barbarei, ein Verbrechen an der Menschheit, eine Sünde gegen die Menschheit, einen Abfall vom Christentum. ... Den modernen Patriotismus überlassen wir also unferm alten Vater, dem deutschen Michel, und der mag uns mit seinem Nationalitäts-Schwindel vom Leibe bleiben.“
Wir haben den nichts hinzuzufügen, als dem also angepöbelten Michel dringend zu raten, die Kontingenzen zu ziehen.

* Vom Kaiserpaar. So Maj. der Kaiser begab sich am Mittwoch morgen zum Reichstanzler und verweilte in dessen Palais etwa eine Stunde. Später hörte Se. Majestät im königlichen Schloße den Vortrag des Chefs des Zivilkabinetts. Um 1 Uhr folgte der Kaiser einer Einladung des Chefs des Marinekabinetts, Konteradmirals v. Müller, zur Frühstückstafel. Abends fand bei Ihren Majestäten in der Bildergalerie des Hof-Schloßes anlässlich der Anwesenheit der kommandierenden Generale eine Tafel statt, bei welcher die Majestäten einander gegenüber saßen. Rechts vom Kaiser sah Generalfeldmarschall Graf Haeffler, links Generaloberst v. Lindequist; rechts von der Kaiserin Generalfeldmarschall v. Gohne, links Generaloberst Graf v. Schlieffen.

Zu 9 Uhr waren zu einem drei stündigen Besuche die Kaiserin und Königin im Hof-Schloße. Prinz und Prinzessin Ethel Friedric, die Prinzessin Auguste, Prinz Oskar und Joachim, der Prinzessin und die Prinzessin Ulrike zu Soltau, Gläusburg, ferner an die Damen und Herren der Umgebung, die mit Gemahlinnen und Töchtern, an eine Anzahl Damen der Hofigkeit mit ihren Töchtern und an eine Reihe junger Herren.

Die deutschen Offiziere in Bulgarien.
Zu Ehren der Abordnung des 1. preussischen Garde-Feldartillerie-Regiments Nr. 1 und des 1. hannoverschen Dragoner-Regiments Nr. 9, die bekanntlich aus Anlaß der fünfjährigen Zugehörigkeit König Karls zu der preussischen Armee in Bulgarien weilten, fand am 2. cr. ein Diner statt, bei dem der König folgenden Trinkspruch ausbrachte:

„Ich gerüht von der lebenswichtigen Kameradschaft Seiner Majestät des Kaisers und Königs, Ihres erhabenen Souveräns, der mit bei Gelegenheit meines vor einem halben Jahrquart erfolgten Eintritts in die preussische Garde-Artillerie durch Abordnung meiner preussischen Regimente Gläubigkeit gelangt hat, lage ich Ihnen, meine Herren, in der herzlichsten Form: Seien Sie willkommen in unserer Mitte! Mit Stolz und Begeisterung kann ich den Will auf dieses von großen Ereignissen und rühmlichen Kriegen erfüllt gewesene Festzelt herbeiführen, in die Zeit, als ich das Glück hatte, beim Anfang dieser großen Epoche, besonders in dem blutigen Kriege im Jahre 1864, meine ersten militärischen Kenntnisse in der Kavallerie und in der Kavallerie zu erwerben. Die Kenntnis, die ich damals bei diesen beiden Waffen gewann, die sich in blutigen Kriegen unüberhörlich aufzuwerfen, haben auch Jahren dazwischenherauf nicht verloren, meine junge Armee zum Siege zu führen. Ich bin daher der Überzeugung, daß ich mich bei dieser fernem Begegnung, als zwischen mir und der preussischen Armee diese einen Bande geknüpft wurden, die noch heute bestehen und unzerstörlich auch in Zukunft bestehen werden. Die Verleihung meines Namens an das 9. Dragoner-Regiment ist eine Auszeichnung, welche mich mit Stolz erfüllt und in mir das Gefühl des höchsten Dankes erweckt. Dieselben Gefühle bringe ich auch zum Ausdruck für die schöne Gabe des 1. Garde-Feldartillerie-Regiments, an welcher sich auch Ihr erhabener Herrscher so lebenswichtig beteiligt hat. Mit warmen Wünschen für das erhabene Kaiserpaar erhebe ich mein Glas auf das Wohl Seiner Majestät, auf das Wohl seiner tapferen Armee und auf das Wohl meiner lieben Regimente, welche auf meine freundschaftlichen Gefühle stets zählen können. Es lebe Seiner Majestät der Kaiser und Königin Wilhelm II.“

Oberst v. Heinemann, der Kommandeur des 1. Garde-Feldartillerie-Regiments, dankte in sehr warmen Worten. — Die Deputation wird heute, Donnerstag, Sinata besuchen.
* Das Staatsministerium trat am 2. cr. unter dem Vorsitz des Reichstanzlers Fürsten von Bülow zu einer Sitzung zusammen.

